

Produkthaftung

Verletzungsgefahren minimieren

Hersteller von Maschinen mit hohem Gefährdungspotenzial müssen verstärkt Sicherheitsvorkehrungen treffen, um Verletzungsgefahren bei der Bedienung der Anlage sowie Haftungsrisiken zu minimieren. Wie ein aktuelles Urteil bestätigt, sind dabei auch unvor-sichtige Handhabungen des Benutzers zu berücksichtigen.

Der Fall: Einem Mitarbeiter fällt bei Reinigungsarbeiten an einer Klebmaschine ein Lappen auf das in der Maschine laufende Mitnahmeband. Als er reflexartig nach dem Lappen greift, wird seine rechte Hand von dem in die Walze der Maschine laufenden Band eingezogen. Die Hand des Mitarbeiters wird dabei erheblich verletzt. Der Maschinenhersteller sah sich deshalb mit einer Haftungsklage konfrontiert, der das Landgericht Stuttgart größtenteils stattgab.

Die Urteilsbegründung: Der vorgesehene Reinigungsbetrieb der Maschine hätte mit ausreichenden sicherheitstechnischen

Mitteln ausgestattet und überwacht werden müssen; konkret durch Sicherheitsschaltgeräte, die in den Notkreis einzubinden sind. Solche Schaltgeräte können in Gefahrensituationen einen sofortigen Bandstopp herbeiführen. Dies war hier aber nicht der Fall. Im Ergebnis sah das Landgericht einen sicherheitsrelevanten Konstruktionsfehler der Maschine im Sinne von § 3 Abs. 1 Produkthaftungsgesetz.

Den geschädigten Mitarbeiter traf allerdings ein Mitverschulden, weil er durch das Greifen nach dem Lappen seine Gesundheit gefährdet hatte. Diese reflexartige Handlung bewertete das Landgericht aber als ein nicht unübliches Augenblicksversagen. Der Geschädigte hatte die Verletzungen daher nur zu einem Drittel zu verantworten; den beklagten Maschinenhersteller traf dagegen der überwiegende Verschuldensanteil von zwei Dritteln. Diese Aufteilung begründete sich auch darin, dass der Hersteller die erforderliche EG-Konformitätserklärung abgegeben

und dadurch bewusst vorgetäuscht habe, dass die von ihm in Verkehr gebrachte Maschine den grundlegenden Sicherheitsanforderungen aller relevanten europäischen Richtlinien entspreche. Dies war bei der ausgelieferten Maschine jedoch in eklatanter Weise nicht der Fall, führte das Gericht aus (Urteil vom 10.04.2012, Az. 26 O 466/10). ■



Kontakt

Linda Kuhn
HDI-Gerling Industrie Versicherung AG
HDI-Platz 1
30659 Hannover
Telefon 0511 / 6 45 - 38 36
Telefax 0511 / 6 45 - 1 11 38 36
E-Mail: Linda.Kuhn@HDI-Gerling.de

Versicherungsberater

Unabhängige Beratung bei Bedarf

In den Medien wird in letzter Zeit zusehends über Beratungsmängel im Banken- und Versicherungswesen berichtet. Im Fokus: Interessenkonflikte. Eine objektiv neutrale Beratung bieten Versicherungsberater. Ihre Leistungen können auch ergänzend genutzt werden.

Die Interessenkonflikte liegen auf der Hand: Einerseits sollen Kunden indivi-

duell anhand ihrer Bedürfnisse beraten werden; andererseits folgen Banken, Versicherungsvertriebe und Makler mehr oder weniger auch eigenen unternehmerischen Interessenlagen bzw. Abhängigkeiten. Wenngleich auf Kundenseite wenig bekannt, eröffnet der Versicherungsberater einen Zugang zu einer objektiv neutralen Beratungsleistung. Diese kann sich für den Kunden bei der Gestaltung des Versicherungsschutzes ebenso vorteilhaft auswirken wie im Schadenfall (siehe Kasten).

Kunden wünschen oftmals keine direkte Bezahlung der Beratung. Kostenfrei können die Leistungen dennoch nicht erbracht werden. Deshalb findet die Entlohnung bei Banken, Versicherungsvertrieben und Maklern über Provisionen und Courtagen statt, die im Preis der Geldanlage- bzw. Versicherungsprodukte einkalkuliert sind. Anders ist dies beim Versicherungsberater: Der Kunde bezahlt nur die Leistungen, die er möglicherweise ergänzend in Anspruch nimmt. Der Vorteil: Die Beratungsleistung wird nicht von den Eigeninteressen des Versicherungsberaters beeinflusst, maßgeblich

sind allein die Bedürfnisse des Kunden. Zudem lässt sich die Höhe der Kosten sofort nachvollziehen und vom Kunden selbst beeinflussen. ■

Hintergrund

„Versicherungsberater sind unabhängige und neutrale Berater und Vertreter ihrer Mandanten in allen Versicherungsangelegenheiten und frei von Abhängigkeiten jeglicher Art, die ihre Berufsausübung beeinträchtigen“, so die Definition des Bundesverbandes der Versicherungsberater e.V. (www.bvvb.de). Eine Versicherungsberatung ist eine Rechtsberatung. Sie darf nur von Personen ausgeübt werden, die eine Erlaubnis der zuständigen Industrie- und Handelskammer erhalten und entsprechende Qualifikationen vorweisen können. Satzungsgemäß und damit den Interessen der Mandanten verpflichtet, werden insbesondere folgende Leistungen erbracht: bedarfsgerechte Auswahl der Versicherungsleistung (inkl. Ausschreibung), Vertretung der Mandanten gegenüber dem Versicherer sowie dessen Unterstützung im Schadenfall.

